Pressespiegel

Ausgabe: 25.09.2017

Niederrhein DGB

Tarifverhandlungen ohne Ergebnis vertagt

Berlin, 21.09.2017

Die Tarifverhandlungen für die Mindestlöhne am Bau kommen nicht voran. Nach 14 Stunden trennten sich heute die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) und die Arbeitgeberverbände, Hauptverband der Deutschen Bauindustrie (HDB) sowie Zentralverband des Deutschen Baugewerbes (ZDB) ohne Ergebnis.

"Trotz intensiver und sehr konzentrierter Gespräche war ein Durchbruch nicht möglich. Die Tarifvertragsparteien haben sich darauf verständigt, am 17. Oktober die Verhandlungen fortzusetzen", sagte der Stellvertretende IG BAU-Bundesvorsitzende und Verhandlungsführer Dietmar Schäfers.

Die IG BAU fordert zwei Mindestlöhne in Deutschland. Dabei soll der Mindestlohn für Facharbeiter 80 Prozent des Tariflohns für Spezialfacharbeiter betragen. Der entsprechende Mindestlohn steigt dann von derzeit 14,70 Euro auf 15,60 Euro. Gleichzeitig soll der Mindestlohn für Helfer auf 80 Prozent des Facharbeiter-Mindestlohns steigen. So dass der Stundenlohn für Ungelernte 12,50 Euro statt jetzt 11,30 Euro beträgt.

Lokalkompass

Pressespiegel

Ausgabe: 25.09.2017

Niederrhein DGB

IG BAU fordert Abwrackprämie für Asbest

Frankfurt am Main, 20.09.2017

Es steckt in Fußböden, Dächern, Wänden und ist auch nach Jahrzehnten noch eine Gefahr: Asbest. Die IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) will das Material möglichst rasch und fachmännisch aus dem Verkehr ziehen und fordert hierfür mehr staatliche Förderung. „Wir brauchen eine Sanierungs- und Abwrackprämie für Asbest im Bau“, sagte der Bundesvorsitzende der Bau- und Umweltgewerkschaft, Robert Feiger.

Denkbar sei ein eigenes Förderprogramm der KfW-Bank für Asbest-Sanierungen. Dies solle Hauseigentümern einen staatlichen Zuschuss garantieren.

Das Bauen mit Asbestfaser ist zwar seit 1993 verboten. Doch der Altbaubestand berge nach wie vor ein „enormes Risiko“, warnt die IG BAU. Während der Asbest-Hochphase in den 1970er-Jahren wurden jährlich bis zu 250.000 Tonnen verbaut. Als Baustoff diente das Material zwischen den 1950er- bis Ende der 1980er-Jahre. In dieser Zeit entstanden bundesweit rund 9,2 Millionen Wohngebäude – „ein Teil davon dürfte immer noch belastet sein“, schätzt Feiger.

Die Folgen seien bis heute spürbar: „Das Einatmen von Asbeststaub kann zu Asbestose, Lungen- oder Kehlkopfkrebs führen.“ Nach Angaben der Berufsgenossenschaft der Bauwirtschaft (BG BAU) erkranken im Zusammenhang mit Asbest jedes Jahr nahezu 4.000 Menschen.

Das Material findet sich dabei nicht nur in Fußbodenbelägen und auf dem Schuppendach, sondern etwa auch unter Fliesen, in Nachtspeicheröfen oder im Wandputz. „Mit einer staatlichen Prämie ließe sich das Problem flächendeckend anpacken“, betonte Feiger.

Wer Asbest-Bauteile fachgerecht entfernen lasse, solle die Hälfte der Entsorgungskosten bis zu einer Obergrenze erstattet bekommen, schlägt der IG BAU-Chef vor. Bislang sei die Entsorgung für Privatleute finanziell unattraktiv. Für einen Boden aus so genannten Floor-Flex-Platten kämen in einem Einfamilienhaus rasch mehrere Tausend Euro zusammen. Die Entsorgung sei zugleich Mieterschutz – etwa dann, wenn sich asbesthaltige Fußbodenplatten lösen oder brüchig werden.

„Bisher gilt: Wer sich heute für eine Sanierung entscheidet, kann zwar verschiedene Fördermittel von der KfW bekommen. Doch auf der teuren Asbest-Entsorgung bleibt der Hausbesitzer meist sitzen“, so Feiger weiter. In der Folge bleibe das Material oft an der alten Stelle im Haus. Wenn saniert werde, lande es teilweise sogar im Hausmüll.

Feiger: "Mit einer Förderprämie kann die Politik einen direkten Beitrag für mehr Gesundheitsschutz leisten. Davon würden Hausbesitzer, Mieter und Bauarbeiter gleichermaßen profitieren.“ Mit Blick auf Schulen, Ämter und Krankenhäuser forderte der IG BAU-Chef zugleich mehr Investitionen durch die öffentliche Hand. „Fast 30 Jahre nach dem Ende der Asbest-Ära sollte das gefährliche Material endgültig aus allen öffentlichen Gebäuden verschwunden sein. Ein Sparen bei Asbest-Sanierungen ist ein Sparen am falschen Ende.“

Lokalkompass

Pressespiegel

Ausgabe: 25.09.2017

Niederrhein DGB

75000 Gebäude in Duisburg und am Niederrhein stammen aus 60er- und 70er-Jahren

Abwrackprämie für Asbest – Altbauten in Duisburg und am Niederrhein sanieren

Es steckt in Böden, Dächern, Wänden und ist in Duisburg und am Niederrhein auch nach Jahrzehnten noch eine Gefahr: Asbest. Die IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) will das Material möglichst rasch aus dem Verkehr ziehen und fordert hierfür mehr staatliche Förderung. „Wir brauchen eine Sanierungs- und Abwrackprämie für Asbest“, so Bezirkschefin Karina Pfau. Zwar sei der Bau mit Asbestfaser seit 1993 verboten. Risiken berge allerdings der heimische Altbaubestand. „Hausbesitzer schrecken bislang oft vor den hohen Kosten der Entsorgung zurück. Damit bleibt das Problem auch 30 Jahre nach dem Asbest-Boom aktuell“, sagt Pfau.

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes entstanden in Duisburg und am Niederrhein allein zwischen 1960 und 1979 – in der Hochphase der Asbest-Zeit – rund 75000 Wohngebäude. „Ein Großteil davon dürfte immer noch mit dem Baustoff belastet sein“, schätzt die Gewerkschafterin. Die Spätfolgen seien bis heute spürbar: „Das Einatmen von Asbeststaub kann zu Asbestose, Lungen- oder Kehlkopfkrebs führen.“ Laut Berufsgenossenschaft der Bauwirtschaft (BG BAU) erkranken im Zusammenhang mit Asbest jedes Jahr fast 4.000 Menschen.

Das Material findet sich dabei nicht nur unter Linoleum-Böden und auf dem Schuppendach, sondern etwa auch unter älteren Fliesen, in Nachtspeicheröfen oder im Wandputz. „Wer sich für eine Sanierung entscheidet, kann zwar Fördermittel bei der KfW-Bank bekommen. Doch auf der teuren Asbest-Entsorgung bleibt der Hausbesitzer meist sitzen. Hier können schnell ein paar Tausend Euro zusammenkommen.“ Die Folge: Das Material bleibe oft an der alten Stelle im Haus. Wenn saniert werde, lande es manchmal sogar im Hausmüll.

Pfau: „Mit einer Abwrackprämie kann die Politik einen direkten Beitrag für mehr Gesundheitsschutz leisten. Davon würden in Duisburg und am Niederrhein Hausbesitzer, Mieter und Bauarbeiter gleichermaßen profitieren.“ Denkbar sei ein eigenes KfW-Förderprogramm für Asbest. Per Zuschuss könnte Hauseigentümern somit ein Großteil der Entsorgungskosten erstattet werden.

Lokalkompass